

FDP-Landrat ortet Ungerechtigkeit bei Steuern

Stefan Degen will, dass Leute zu höheren Arbeitspensen motiviert werden und fordert ein gerechteres Steuersystem.

Simon Tschopp

Mit einer Motion, die der Gelterkinder FDP-Landrat Stefan Degen zusammen mit drei Parteikollegen an der letzten Sitzung des Kantonsparlaments eingereicht hat, will der Oberbaselbieter mehr Steuersolidarität erreichen.

Händeringend suchten Unternehmen und öffentliche Hand nach Arbeitnehmenden. Gleichzeitig seien die Löhne heute so hoch, dass sich viele Personen für Teilzeitarbeit entschieden, schreibt Degen. «Da-

mit werden einerseits dem Arbeitsmarkt Ressourcen entzogen, andererseits ergibt sich daraus eine bis heute kaum diskutierte Ungerechtigkeit.»

Neue Modelle sind gesucht

Denn: Wechselt jemand von einem höheren in ein tieferes Pensum, sinkt sie oder er dadurch in der Regel auch in der Steuerprogression. Damit werde faktisch der Frankenbetrag pro gearbeitete Stunde tiefer besteuert, was einem höheren Stundenlohn nach Steuern ent-

spreche – «wovon natürlich in erster Linie hohe Einkommen profitieren», meint Stefan Degen. Gesucht seien entsprechende Modelle, die sich am Potenzial der Arbeitnehmenden orientierten und entsprechende Anreize schafften, diese Leistungsfähigkeit voll auszunutzen – unter Berücksichtigung von Betreuungspflichten und weiteren Einschränkungen.

Der Landrat und Vizepräsident der Finanzkommission erwähnt ein aktuell diskutiertes Modell: Dass der Staat eine Sollarbeitszeit vorschlägt, etwa

70 Prozent des heutigen Vollzeitpensums. Bis zu diesem Pensum wird das Einkommen normal besteuert, für jede Stunde darüber hinaus kann ein Fixbetrag in Abzug gebracht werden.

Steuersolidarität verbessern

Hohe Einkommen stiegen dadurch weiterhin in der Progression, tiefe Einkünfte – unterhalb des abzugsfähigen Stundensatzes – sanken in der Progression sogar leicht. Ein derartiges Modell empfiehlt Reiner Eichenberger, Professor für Theorie

der Finanz- und Wirtschaftspolitik an der Universität Freiburg. Es soll zu einer höheren Steuersolidarität beitragen.

Degen will von der Baselbieter Regierung wissen, wie das Steuersystem, unter Berücksichtigung des Steuerharmonisierungsgesetzes, gemäss seinen Vorstellungen gerechter ausgestaltet werden kann. Und wie die Motivation zu mehr Arbeitstätigkeit angekurbelt werden kann. Degen fordert die Regierung ebenfalls auf zu prüfen, wie ein solches Modell für den Kanton einnahmenneutral sein kann.